

Auf der Sandpiste in die Zukunft –
Benin sucht nach
einem Weg aus der Armut

Benin vom 25. 9. 1996 bis 9. 1. 1997
betreut von der Friedrich-Ebert-Stiftung

Inhalt

Zur Person	148
Luftlinie 5000 Kilometer	148
Schreckensmeldungen	149
Der friedliche Staatsstreich	149
Ein Chamäleon an der Macht	150
Phase der Stagnation	151
Frech und respektlos – Medien in Benin	152
Anruf vom Präsidenten	153
Auflage 3000	154
Ein Staat dankt ab	155
Strukturanpassung, die Dritte	156
Textilfabrik privat	157
Ein sonorer Baß	159
Geduldige Staatsdiener	159
Wenn der Regen ausbleibt	160
80 Prozent Baumwolle	162
Die Kraft des Informellen	162
Armutstudien	163
Todesursache Durchfall	164
Am Tropf der Entwicklungshilfe	165
Die Helfer übernehmen die Macht	166
„Over-aided“?	167
Frauengruppen – ein Erfolgskonzept	168
Die Vision eines von Hunger befreiten Landes	169
Danksagung	170
	147



Barbara Stupp, geboren 1963 in Köln, Abitur 1982, Studium der Geschichte, Soziologie und Romanistik in Köln und Paris, M.A., Aufbaustudium Journalistik in Mainz, Praktika und freie Mitarbeit bei der Mainzer Allgemeinen Zeitung und in verschiedenen Redaktionen des WDR und der Deutschen Welle, 1992 bis 1994 Rahmenvertrag beim NDR, Landesstudio Mecklenburg-Vorpommern, Fernsehen: aktuelle Regionalberichterstattung und verschiedene Feature-Produktionen, seit 1994 freie Mitarbeiterin beim WDR-Fernsehen.

Luftlinie 5000 Kilometer

Der Geländewagen hält mitten im Nichts. Durch mannshohes Gras führt ein Trampelpfad zu einem Gehöft. Hier wohnt und herrscht die schwergewichtige „Maman Forêt“. Mama des Waldes, so nennen sie alle hier. Sie handelt mit der Holzkohle, die ihre Söhne, Schwiegersöhne und Enkelkinder herstellen. Zur Begrüßung wird ein Krug mit Wasser gereicht, danach gibt es selbstgebrannten Schnaps. Maman Forêt, die ein Tuch um ihren ausufernden Körper gewickelt hat, sitzt auf den Stufen zu ihrer Lehmhütte. Das Gespräch dreht sich um das Geschäft, bis ein junger Mann vom Nachbarhof dazukommt. Er ist sehr aufgeregt, denn dieser Tag hat ihm großes Unglück gebracht. Seine zweite Frau ist ihm davongelaufen. Ihre Mutter hat sie wieder mit in ihr Heimatdorf genommen. Er beschuldigt den Dorfvorsteher, seine Schwiegermutter mit schlechten Reden gegen ihn aufgebracht zu haben. Jetzt ist er eine seiner Frauen los. Und das am Anfang der Erntezeit, wo jede Arbeitskraft gebraucht wird. Nicht nur sein Mund erzählt aufgebracht, auch seine Hände reden, rudern durch die Luft. Erst nachdem er die Geschichte dreimal in aller Ausführlichkeit erzählt hat, wechselt er allmählich das Thema. So etwas könne einem in Europa sicher nicht passieren. Da seien die Ehefrauen treu und zuverlässig. Mit einem Mal fangen seine Augen an zu leuchten. Er möchte mit Thomas, dem Entwicklungshelfer, nach Frankreich gehen. Daß dies nicht möglich ist, bremst seine Neugier nun nicht mehr. Ob in Frankreich auch Afrikaner lebten? Und ob sie weiße Frauen hätten und wie ihre Kinder wären, weiß oder schwarz? Er weiß nicht, ob er unseren Antworten Glauben schenken kann, lacht vor Verlegenheit und schlägt sich auf die Knie. Daß in Europa Strohdächer teuer und Wellblechdächer ein Zeichen von Armut seien, kann er nicht begreifen. In seinem Dorf hat ein Wellblechdach nur, wer viel Geld hat. Wo denn Frankreich sei, will er wissen, und Thomas zeigt ihm mit dem Arm die Himmelsrichtung. Wir sind nur sieben Flugstunden von Paris entfernt, Luftlinie 5000 Kilometer.

Schreckensmeldungen

Die Schreckensmeldungen erreichen mich mit Verspätung: Kämpfe im Osten Zaires, über eine Million Menschen auf der Flucht, Hunger, Durst und Hitze hilflos ausgeliefert. Im ländlichen Norden Benins gibt es keine Zeitungen, keine nationalen und erst recht keine internationalen. Erst als ich von meiner Reise zurück in den Süden des Landes, nach Cotonou komme, erfahre ich von der Katastrophe, die das Zentrum Afrikas erschüttert, von den tödlichen Machtkämpfen zwischen Volksgruppen, von dem fortschreitenden Verfall eines Staates. Aber selbst in der Hauptstadt ist es nicht leicht, auf dem Laufenden darüber zu bleiben, was im Osten des Kontinents geschieht. Die beninischen Zeitungen drucken bestensfalls eine Agenturmeldung auf einer der hinteren Seiten. „Das läßt sich hier nicht verkaufen, die Leute interessieren sich nur für das, was nebenan passiert“, sagt Pierre Matchoudo von der unabhängigen Tageszeitung „Le Matin“. Wer sich dennoch informieren will, hört Radio France Internationale.

Pierre hört regelmäßig Radio und in der Redaktion sieht er TV 5, den französischen Auslandssender. „Wenn ich die Bilder von den Kämpfen in Zaire und den Flüchtlingstrecks sehe, habe ich Angst, daß es eines Tages auch uns erwischen könnte. Es ist ein Ansporn, noch stärker für Demokratie und Stabilität in unserem Land zu kämpfen“, sagt Pierre.

Der friedliche Staatsstreich

Benin zählt zwar zu den ärmsten Ländern des Kontinents, aber auch zu den wenigen stabilen. Dieses kleine Land im Westen Afrikas, das in Europa kaum einer kennt, hatte seine große Stunde im Jahr 1990. Als fast überall auf der Welt die sozialistischen Regime in sich zusammenbrachen, nach 17 Jahren Alleinherrschaft unter dem Zeichen von Hammer und Sichel, berief Präsident Mathieu Kérékou alle „Lebenskräfte der Nation“ zu einer Nationalkonferenz zusammen – eine für das Fünf-Millionen-Volk historische Entscheidung, die der alte Diktator nicht ganz aus freien Stücken traf, denn das unfähige und korrupte Regime stand unmittelbar vor dem wirtschaftlichen Bankrott. 488 Delegierte aus allen Teilen des Landes, Lehrer und Juristen, Soldaten und Bauern, Geistliche und Voudou-Priester, die mit vereinten Kräften nach einem Ausweg aus der Misere suchen sollten, erklärten die „conférence nationale“ kurzerhand zum Souverän des Volkes, setzten Kérékou ab und eine Übergangsregierung ein. Der friedliche Staatsstreich der beninischen Intelligentsia wurde zum Vorbild für den Demokratisierungsprozeß in Afrika.

Bei der ersten Präsidentschaftswahl im Jahr 1991 konnte der ehemalige Weltbankmitarbeiter Nicéphore Soglo die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen. Fünf Jahre später, im März 1996, nutzten die beninischen Wähler ihre noch junge Wahlfreiheit dazu, Mathieu Kérékou wieder ins Präsidentenamt einzusetzen.

Die Hoffnung auf Demokratisierung beflügelte Anfang der 90er Jahre Intellektuelle und Oppositionelle in vielen Ländern Afrikas. Der Euphorie folgte bald die Ernüchterung. In den meisten Ländern konnten die ehemaligen Einheitsparteien weiterhin ihre Herrschaft sichern und die alten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen aufrechterhalten. Auf welchem Weg befindet sich Benin, sechs Jahre nach der „Wende“? Was wird aus dem „Musterland der Demokratisierung“ unter dem alten und neuen Präsidenten Kérékou? Wohin steuert die Wirtschaft und was haben die Veränderungen für die Masse der Bevölkerung gebracht? Das waren die Fragen, die mich in drei Monaten Benin beschäftigt haben.

Ein Chamäleon an der Macht

Mathieu Kérékou ist kaum wiederzuerkennen: statt Mao-Look trägt er jetzt Priesterhabit, ein schwarzer Anzug ist seine neue Uniform. Wie seinen alten Kampfanzug hat er auch die ausgediente marxistische Ideologie an den Nagel gehängt und durch ein anderes Glaubensbekenntnis ersetzt. Nach fünf Jahren im politischen Abseits präsentiert er sich als demütig heimgekehrter Sohn, stellt seine demokratische Präsidentschaft unter „den Schutz Gottes“.

Mit einer Stunde und vierzig Minuten Verspätung erklimmt der Staatpräsident die wenigen Stufen zum Rednerpult der Nationalversammlung. Im Plenarsaal der Nationalversammlung in Porto Novo hat sich die gesamte politische Klasse des Landes eingefunden, Volksvertreter in Maßanzügen und Minister in prachtvollen afrikanischen Gewändern, ausländische Diplomaten mit Schlips und Kragen, Journalisten aller politischer Couleur. Einmal im Jahr muß der Präsident laut Verfassung vor dem Volk und seinen Vertretern in einer „Rede zur Lage der Nation“ seine Vorstellungen über die Zukunft des Landes darlegen. Kérékous monotone Stimme wird am Vormittag des 29. November live über den Rundfunk in alle Winkel des Landes übertragen, seine fast einstündige Rede gleich im Anschluß vielfach kommentiert und diskutiert. Dabei ist man sich allgemein einig: viel Neues hat der Präsident seinem Volk nicht gesagt. Eines jedoch hat der wenig begnadete Redner immerhin fast fehlerfrei vom Manuskript abgelesen: daß die vordringliche Aufgabe seiner Regierung der Kampf gegen die Armut und für politische und wirtschaftliche Stabilität ist.

Seit seiner Wiederwahl sind selbst seine Kritiker dem Präsidenten gegenüber gnädig gestimmt. Die meisten Beniner, ob rechts oder links, jung oder alt, sind überzeugt, daß Mathieu Kérékou ein ehrlicher Kerl ist. „Le Beninois pardonne vite“, die Beniner vergeben schnell, sagt mir Firmin Dakossi, ein Beamter und engagierter Gewerkschafter. Wie die meisten seiner Landsleute glaubt er heute nicht mehr, daß Kérékou für die Menschenrechtsverletzungen, die Korruption und das Ausbluten des Landes bis in den wirtschaftlichen Bankrott in den Jahren der sozialistischen Diktatur verantwortlich gewesen ist. „Wenn er damals das Land

schlecht geführt hat, dann lag es daran, daß das System an sich schlecht war und die Mächtigen um ihn herum es zu ihrem eigenen Profit ausgenutzt haben. Kérékou ist nicht aus seinem Präsidentenpalast herausgekommen, er hat nicht gesehen, was in seinem Land passierte. Kérékou selbst hat sich nie bereichert, wie die anderen. Er ist ein ehrlicher Mann.“ Der Respekt vor der Person Kérékous ist in Benin zur Zeit sogar größer als der Glaube an das Funktionieren der noch jungen Demokratie. „Das ist doch alles bloß ein Spiel der Politiker“, meint auch Firmin Dakossi resigniert.

Phase der Stagnation

Daß die beninischen Politiker ihr eigenes Spiel mit der jungen Demokratie zu treiben versuchen, ist nicht von der Hand zu weisen. Politische Beobachter berichten, daß es vor den Wahlen massive Versuche gab, Stimmen zu kaufen. Inwieweit diese Taktik jedoch letztlich das Wahlergebnis entscheidend beeinflußt hat, ist insofern fraglich, als alle Kandidaten das gleiche Spiel gespielt haben. Kérékou verdankte seinen Sieg schließlich der Schützenhilfe des abgeschlagenen dritten Kandidaten Adrien Houngbédji, der im ersten Wahlgang 20 Prozent der Stimmen auf sich vereint hatte. Im Gegenzug für seine Unterstützung setzte Kérékou ihn als Premierminister ein.

Obwohl nun schon zum zweiten Mal seit 1990 in einer im großen und ganzen demokratischen Wahl über die Besetzung des Präsidentenamtes entschieden wurde, beurteilen internationale Beobachter die Entwicklung des Landes heute eher skeptisch. Der Machtwechsel von Soglo zu Kérékou bedeute lediglich „die Übernahme der Macht durch eine andere Fraktion der alten Staatsklasse“, die weiterhin „nur geringe Transformationskapazitäten“ zeige, heißt es in einer Stellungnahme des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Man spricht von einer „Phase der Stagnation“.

Ins Stocken geraten ist beispielsweise ein Vorhaben, dem nach europäischem Demokratieverständnis große Bedeutung zukommt: der Dezentralisierung der politischen Strukturen, wie sie in der Verfassung von 1990 vorgesehen ist. Die Verlagerung der Entscheidungsgewalt aus den Amtsstuben in Cotonou in die Kommunen ist in einem Land, das jahrzehntelang von einem Kommandostaat regiert wurde und in dem die ländliche Bevölkerung bis heute von der demokratischen Kultur faktisch ausgeschlossen ist, von besonderer Bedeutung. Die Verabschiedung des fertig ausgearbeiteten Gesetzestextes wird jedoch von Legislaturperiode zu Legislaturperiode verschoben. Ein weiteres Hindernis für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ist die Korruption, die regelmäßig öffentlich angeklagt wird, auf allen Ebenen des politischen und wirtschaftlichen Lebens jedoch eine große Rolle spielt.

Als Garant der demokratischen Ordnung im Verlauf der Präsidentschaftswahlen hat sich vor allem das Verfassungsgericht unter seiner Präsidentin Elisabeth Poignon erwiesen. Mehrere Male im Verlaufe der bei-

den Wahlgänge versuchte Ex-Präsident Soglo, das Verfassungsgericht einzuschüchtern und auf diesem Weg das Wahlergebnis zu seinen Gunsten zu beeinflussen. Das Gericht widersetzte sich den Versuchen. Die Präsidentin des Verfassungsgerichts wurde für ihr mutiges Eintreten für die Demokratie in Benin 1996 mit dem Deutschen Afrika-Preis geehrt.

Frech und respektlos – Medien in Benin

„Schreib doch einen Artikel für uns über den Empfang.“ Gerade eine Woche in Benin und zwei Tage als Praktikantin bei der Tageszeitung „Le Matin“ bekomme ich den ersten Auftrag. Zum „Tag der Deutschen Einheit“ am 3. Oktober hat der Deutsche Botschafter in den Garten seiner Residenz geladen. Eine deutsch-beninische Blaskapelle begrüßt die 600 Gäste – darunter 300 Deutsche – mit den beiden Nationalhymnen. Als ich am Tag darauf die Zeitung am Straßenrand kaufe, steht in einem schwarzen Kasten und in fetten Lettern auf der Titelseite: „Bousculade autour des saucissons – Rauferei um Grillwürstchen“. Daß es zu wenig Würstchen für die vielen Gäste gegeben hatte, stand in meinem Artikel nicht drin. Auf Seite fünf ergänzt jedoch eine Reportage von „Agence Benin Presse“ (ABP) meinen sachlich gehaltenen Bericht. ABP scheut sich dabei nicht vor Übertreibungen und schreibt von Pöbeleien und Streitigkeiten des „gemeinen Volkes“ am Botschaftsgrill, während drinnen die Ehrengäste bedient worden seien. Das ist meine erste Lektion in Sachen Pressefreiheit in Benin: Die jungen Kollegen von „Le Matin“ sind frech und respektlos. Lektion Nummer zwei: sie sind es nicht nur, wenn es um den Deutschen Botschafter geht.

„Le gouvernement a-t-il menti? – Hat die Regierung gelogen?“ lautet die Hauptschlagzeile dieser Ausgabe und sie stellt das Botschaftsfest mit Leichtigkeit in den Schatten. Seit einer Woche steht die Regierung und insbesondere der Minister für den öffentlichen Dienst, Yacoubou Assouma, im Kreuzfeuer der Kritik: Nach Jahren der Einsparungen und Entlassungen im öffentlichen Dienst Benins sollen erstmals wieder 1000 Beamtenposten besetzt werden. Darauf haben Tausende arbeitslose Hochschulabsolventen ungeduldig gewartet. Das Bewerbungsverfahren, bei dem sich nach französischem Vorbild alle Kandidaten einer schriftlichen Prüfung, einem „concours“, unterziehen müssen, wird zu einem Paradebeispiel afrikanischer Improvisationskunst. Die Prüfungen, die gleichzeitig in verschiedenen Städten des Landes stattfinden, beginnen zum Teil mit mehreren Stunden Verspätung, Bewerber finden sich nicht auf den Teilnehmerlisten wieder, Französischlehrer werden versehentlich in Biologie geprüft, ganze Prüfungsbögen sind unauffindbar, die letzten Prüflinge können erst nach Mitternacht wieder gehen. Der Ministerrat läßt zunächst lapidar mitteilen: „Es hat keine Unregelmäßigkeiten gegeben.“ So etwas ist heute jedoch in Benin nicht mehr ungestraft zu machen. Selbst die ehemalige Regierungszeitung „La Nation“ prangert die Versäumnisse an, und „Le Matin“ veröffentlicht „Beweise und Zeugnisse über die Unordnung, die in

Cotonou und im Landesinneren herrschte“. Zehn Tage sorgt der mißglückte „concours“ für Schlagzeilen. Der Rücktritt des Ministers wird gefordert und auch Präsident Kérékou kommt in der Affaire nicht ungeschoren davon. Als er sich in einem Interview vor seinen Minister stellt, ist die Empörung groß. In der täglichen Fünf-Uhr-Konferenz bei „Le Matin“ schlägt Chefredakteur Charles Toko folgende Schlagzeile vor: „Kérékou – cet homme n’a pas changé – dieser Mann hat sich nicht verändert.“ Vor 1989 habe er auf Teufel komm raus seine Minister verteidigt, egal ob sie im Recht gewesen seien oder nicht, und genauso mache er es heute wieder. Die fünfzehn Redakteure sitzen im einzigen Redaktionsraum um ein paar einfache Holztische, während unten schon die alte deutsche Druckmaschine die Horoskope des nächsten Tages druckt. Eine scheppernde Klimaanlage bläst vergeblich etwas kühle Luft in den Raum, während sich die Journalisten die Köpfe heiß reden. Die einen finden den Vorschlag zu polemisch, die anderen meinen, daß sich diese Schlagzeile gut verkaufen läßt. Die Skeptiker setzen sich diesmal durch. „Kérékou soutient le désordre – Kérékou unterstützt die Unordnung.“ Die Kollegen von „Les Echos du jour“ lassen weniger Milde walten. „Le caméléon a changé de couleur, pas d’esprit – das Chamäleon hat die Farbe gewechselt, nicht den Geist“, titeln sie.

Anruf vom Präsidenten

Wie feste sie auch draufhauen, die jungen Journalisten der freien Presse tun es heute ungestraft. „Seit Kérékou wieder an der Macht ist, greifen wir ihn härter an, als wir es bei Soglo jemals gemacht haben, aber noch nie wurde unmittelbarer Druck auf uns ausgeübt“, sagt Chefredakteur Charles Toko. Ex-Präsident Nicéphore Soglo reagierte deutlich dünnhäutiger auf die ungewohnte öffentliche Kontrolle. Als er erkannte, welche Macht einer kritischen Presse in einer jungen Demokratie zukommt, schickte er der Zeitung zunächst die Finanzverwaltung ins Haus. Noch heute zahlt „Le Matin“ seine Steuern pünktlich. Dann jagte er dem algerischen Besitzer der Zeitung das Ausländeramt an den Hals, ohne Erfolg. Wenn ein kritischer Artikel gegen ihn erschien, ließ der Präsident die Ausgabe in der Straße aufkaufen und verbrennen. Vor allem aber rief er beinahe täglich in der Redaktion an. „Wir haben dann auf den Lautsprecherknopf gedrückt und alle haben mitgehört, wie er uns beschimpfte. Und dann haben wir gelacht.“

Beim letzten Angriff Soglos auf „Le Matin“ war jedoch keinem mehr zum Lachen zumute. Der erste Sohn des am Ende seiner Amtszeit umstrittenen Staatspräsidenten wollte im Wahlkampf die mittlerweile älteste unabhängige Tageszeitung Benins aufkaufen. Aus Protest quittierte ein Teil der Redaktion den Dienst. Mit Unterstützung der unabhängigen Journalistengewerkschaft UJPB konnte der Verkauf von „Le Matin“ so lange verhindert werden, bis Soglo die Wahlen verloren hatte.

Neben Südafrika und Namibia ist Benin eines von nur sieben afrikanischen Ländern, in denen die öffentliche Berichterstattung keiner Beschränkung unterliegt, so der jüngste Jahresbericht der amerikanischen Bürgerrechtsorganisation „Freedom House“. „Die beninischen Journalisten leiden heute nicht sehr unter direktem politischem Druck“, bestätigt Emanuel Adjovi von der UJPB, der „Union des Journalistes de la presse privée du Benin“. Wie alle Journalisten steht der Gewerkschafter jedoch an diesem späten Nachmittag vor allem unter Zeitdruck, denn bereits in einer Stunde hat er ein Fernsehinterview mit dem Premierminister. „Wenn in den letzten Tagen das Telefon geklingelt hat, und das Büro des Premierministers oder einer seiner Parteigenossen am Apparat war, dann war ich nicht zu sprechen. Jeder muß für sich entscheiden, ob er von der Regierung kontrolliert werden will oder nicht.“

Manchem wird diese Entscheidung nicht leicht gemacht. Zum Beispiel, wenn sich ihm eine Ministerhand mit einem Briefumschlag entgegenstreckt. Darin kann schon mal das Zehnfache eines Monatslohns stecken.

50 000 beninische Francs, umgerechnet 160 DM, bekommt ein einfacher Redakteur bei „Le Matin“. Das allein reicht nicht aus, um eine Familie zu ernähren. Charles Toko weiß aus eigener Erfahrung wie schwer es in einer solchen Situation ist, Nein zu sagen. „Es erfordert schon etwas, abzulehnen“, sagt er und fügt etwas leiser hinzu, „ich lehne nie ab. Aber in meinen Artikeln“, und seine Stimme wird wieder lauter, „ist davon nie etwas zu merken.“

Auflage 3000

Sollte sich doch einmal eine gekaufte Meinung einschleichen, so fällt das in der Vielfalt der Stimmen bestenfalls kaum auf. Die Zeitungen in Benin sind äußerst meinungsfreudig. Kein Artikel ohne das Salz der eigenen Meinung, Rücktrittsforderungen an Minister sind an der Tagesordnung. Die jungen Journalisten der unabhängigen Presse, die sich ihr Handwerk größtenteils selbst beigebracht haben, halten nicht viel von der sauberen Trennung von Bericht und Kommentar und verweisen dabei auf ihre Leser. „Unsere Leser lieben die Kommentare. Die Leute wollen wissen, was der Journalist denkt. Wenn wir nur Fakten berichteten, würde niemand mehr die Zeitung kaufen.“

Eine Zeitung in Benin zu verkaufen ist beileibe nicht einfach. Bei einer Analphabetenrate von über 70 Prozent und fehlender Infrastruktur, lohnt sich der Verkauf nur in der Metropole Cotonou. Außerdem können sich viele Menschen eine Zeitung für umgerechnet 80 Pfennig einfach nicht leisten. Die Journalisten trösten sich damit, daß ihre Zeitung von Hand zu Hand weitergegeben wird. Sie sind daher überzeugt, daß die Zahl ihrer Leser die Auflage bei weitem überschreitet. Als „Le Matin“ im April 1994 zum ersten Mal erschien, spekulierte man auf eine Auflage um die 6000. Mittlerweile hat sich die Redaktion fast damit abgefunden, daß man mehr als 3000

Exemplare pro Tag in Benin nicht verkaufen kann. Das reicht, um zu überleben, wenn das Geld auch an allen Ecken und Enden fehlt. Es übersteigt zum Beispiel die finanziellen Möglichkeiten, einen Telefonanschluß für die Redaktion zu bezahlen. Die Journalisten können zwar auf einem Apparat angerufen werden, für ihre Recherchen müssen sie sich jedoch auf ihre privaten Mofas schwingen und bei ihren Informanten persönlich an die Tür klopfen. Das ist in Cotonou kein Problem, da die Pressearbeit auch der staatlichen Stellen weder formalisiert noch ritualisiert ist. Es gibt keine Pressesprecher, keine Pressemitteilungen oder Pressekonferenzen. Morgens begeben sich die im wahrsten Sinne des Wortes rasenden Reporter auf die Pirsch, und am Abend präsentiert jeder, was ihm im Laufe des Tages an Neuigkeit zu Ohren gekommen ist.

Auf ihre wenigen Käufer sind die unabhängigen Zeitungen auch deswegen besonders angewiesen, da es bis heute noch kaum Werbekunden gibt. Seit „Le Matin“ einem beninischen Geschäftsmann gehört, ist der neue Besitzer selbst sein bester Werbekunde. Auf allen Seiten, die nicht mit Artikeln gefüllt werden können, wirbt die Firma „SEP SARL“ ganzseitig für den „An- und Verkauf von gebrauchten Autos und Ersatzteilen aller Marken“. Ob es allein die billige Eigenwerbung war, weshalb der erfolgreiche Althandhändler Moise Dato „Le Matin“ gekauft hat? „Bislang verstehen wir noch nicht, was sein wirkliches Interesse ist. Aber wenn die nächsten Wahlen anstehen, dann wird er seine wahren Intentionen offenbaren“, meint Charles Toko und fügt mit warnender Stimme hinzu „aber es ist schwierig, die Journalisten von ‚Le Matin‘ zu kaufen, und darauf bin ich stolz.“

Ein Staat dankt ab

Eine überlebensgroße, langbeinige, weiße Schönheit räkelt sich auf einer „Bond“-Zigaretten-Schachtel, vor ihr ein adretter schwarzer Jüngling in maßgeschneidertem Anzug. „J’ ai fait mon choix – ich habe meine Wahl getroffen“ steht in großen Lettern auf der Plakatwand am Rande der vielbefahrenen Straße zwischen Cotonou und Porto Novo – darunter klapprige Tische, auf denen in bauchigen Glasflaschen geschmuggeltes Benzin aus Nigeria angeboten wird. Auch die Beniner haben ihre Wahl getroffen, für die freie Marktwirtschaft und die Öffnung auf den Weltmarkt hin. Fragt sich nur, ob sie sich die neue Freiheit so vorgestellt haben. Fragt sich auch, ob sie damals überhaupt noch eine Wahl hatten.

Ende der 80er Jahre fuhr die sozialistische Staatskarosse mit Vollgas in den wirtschaftlichen Bankrott. Die beiden einzigen staatlichen Banken des Landes mußten sich für zahlungsunfähig erklären, die Regierung konnte ihre 47000 Staatsdiener nicht mehr entlohnen. Lehrer, Schüler, Professoren und Studenten gingen auf die Straße. „Lügen, Manipulation, Korruption, Einschüchterung und Mord“ warf die aufmüpfige Lehrgewerkschaft SNES der Regierung vor. Die Streiks weiteten sich im Dezember 1989 fast zu einem Generalstreik aus, und bei Massendemonstrationen in Cotonou

wurde der Rücktritt der Regierung gefordert. Selbst mit Gewalt – es gab sogar zwei Tote bei den Auseinandersetzungen mit der Polizei – war der Volkswille nicht mehr aufzuhalten.

Die internationalen Geber erklärten sich bereit, der Regierung die fehlenden Mittel zur Verfügung zu stellen, um die ausstehenden Gehälter zu zahlen. Bevor Internationaler Währungsfond, Weltbank, und Frankreich als wichtigstes Geberland jedoch zu Zahlungen bereit waren, mußte das bankrotte Regime abdanken. Die Forderung der internationalen Gebergemeinschaft lautete: Marktwirtschaft und Demokratisierung der Gesellschaft. Seit Jahren hatten sich die sozialistischen Machthaber in den Verhandlungen über ein Strukturanpassungsprogramm geweigert, die Bedingungen zu erfüllen. Unter dem Druck der Straße stimmten sie den Forderungen jedoch zu: Privatisierung und Liquidierung von Staatsbetrieben, Aufbau eines privaten Banksektors, Liberalisierung der Wirtschaft und Stärkung der Privatwirtschaft.

Strukturanpassung, die Dritte

Das Finanzministerium in Cotonou ist ein weitläufiger und schmuckloser Betonbau. Die große Eingangshalle ist menschenleer, der Empfang verwaist, weit und breit keine Hinweistafel. „Im zweiten Stock links, am Ende des Ganges rechts, dann die erste Tür auf der linken Seite“, so einfach sei das Sekretariat des SAP zu finden. Mit Tesafilm ist der Zettel an die Bürotür geklebt, der dem Besucher anzeigt, daß er sein Ziel gefunden hat. Hinter dieser Tür laufen die Fäden zusammen, von hier aus wird die Durchführung des Strukturanpassungsprogrammes – kurz SAP – in den verschiedenen beninischen Ministerien und Institutionen koordiniert. Das ist ein hartes Stück Arbeit. Rhétice Dagba, der zuständige Sekretär, eilt durch den Gang. Leider habe er unsere Verabredung nicht einhalten können, es sei ihm eine Besprechung dazwischengekommen und gleich danach müsse er noch zu einem anderen Termin. Ob ich am Donnerstag nächster Woche vorbeikommen könne, fragt er und drückt mir entschuldigend einen vierzigseitigen Bericht über seine Arbeit in die Hand. Es ist das „Rahmendokument über die Wirtschaftspolitik für die Jahre 1996 – 1999“ und beginnt mit der Feststellung, daß sich die wirtschaftliche und finanzielle Situation des Landes seit 1989 „deutlich verbessert“ habe. Tatsächlich gilt Benin heute in Washington als Musterschüler des Internationalen Währungsfonds. Das Wirtschaftswachstum bekam nach den Jahren der Stagnation neuen Schwung und erreichte 1995 6,2 Prozent, die Inflation wurde weitgehend gebremst, ein vertrauenswürdiges Bankensystem aufgebaut, ein Teil der alten Staatsbetriebe privatisiert oder liquidiert. Das erste Strukturanpassungsprogramm, das Kredite in Höhe von 30 Millionen Dollar umfaßt hatte, wurde 1993 von einem zweiten abgelöst, für das weitere 65 Millionen Dollar von IWF und Weltbank zur Verfügung gestellt wurden. Mittlerweile leben die Beniner unter dem SAP III. Aber immer noch liegt das

Einkommen pro Kopf nur knapp über 400 Dollar pro Jahr und damit rangiert Benin weiterhin ganz oben auf der Liste der ärmsten Länder dieser Welt. Kritiker verweisen deshalb auch auf negativen Folgen und die Versäumnisse der beninischen Wirtschaftspolitik. Die Lebenshaltungskosten steigen, während gleichzeitig das Geld an Wert verliert.

Bis heute leidet die Bevölkerung zudem an den Folgen der Abwertung ihrer Währung. Am 11. Januar 1994 wurde der CFA-Francs, dessen Wechselkurs fest an den französischen Francs gebunden ist, um die Hälfte abgewertet, von 1:50 auf 1:100. Bei gleichbleibenden Löhnen schnellten die Preise von einem Tag auf den anderen ums Doppelte bis Dreifache in die Höhe. Der anfängliche Inflationsschub ist mittlerweile gebremst. Dennoch öffnet sich die soziale Schere in den Städten immer weiter. Während eine kleine Oberschicht luxuriöse Villen in den Neubaugebieten Cotonous bauen läßt, verschlechtert sich die Situation der Masse der Bevölkerung von Jahr zu Jahr. Was Rhétice Dagba im beninischen Finanzministerium zu dieser Entwicklung meint, habe ich leider nicht herausfinden können. Am darauffolgenden Donnerstag ließ er von seiner Sekretärin ausrichten, daß er leider verhindert sei. Diesmal machte er keinen neuen Terminvorschlag.

Textilfabrik privat

Die Beniner haben von den Franzosen die Vorliebe für Abkürzungen übernommen. Das macht die Zeitungslektüre für Nichteingeweihte beschwerlich. Mit einer Aneinanderreihung von Großbuchstaben bezeichnen sie auch gerne ihre Betriebe. Hinter diesen Abkürzungen steckt ein einfaches System. Die meisten stammen nämlich noch aus sozialistischen Zeiten und da hießen sie fast alle, ob Altkleiderhandel, Streichholzfabrik oder Brauerei „Société Béninoise“ oder „Société nationale“, abgekürzt „SOBE“ oder „SONA“. Will man wissen, was irgendwo hergestellt oder verkauft wird, kommt es also lediglich auf die letzten drei Buchstaben an. SOBETEX steht zum Beispiel für die beninische Textilfabrik. Wie viele andere ehemalige Staatsbetriebe hat sie zwar den alten Namen behalten, ist aber seit einigen Jahren privatisiert. Die Privatisierung der maroden Staatsbetriebe ist eine der zentralen Auflagen des Strukturanpassungsprogramms, sie kommt jedoch nur schleppend voran. In einem der am wenigsten industrialisierten Länder des Kontinents, das weder Rohstoffe noch Investitionskapital, Know-How oder Käufer zu bieten hat, finden sich nur mit Mühe und Not Investoren für marode Staatsbetriebe. Aber selbst wenn eine Privatisierung gelingt, heißt das noch lange nicht, daß es bergauf geht. Beispiel SOBETEX.

Der Directeur Général hat sich hinter seinem breiten Schreibtisch verschanzte. Zu Werbezwecken trägt Grégoire Akofodji eine modische Weste aus einem Stoff der eigenen Produktion: kein traditionelles afrikanisches Design, das ist heute nicht mehr gefragt. Bunte Farben, große Formen, der

Phantasie sind keine Grenzen gesetzt. Sein Gesichtsausdruck paßt jedoch gerade gar nicht zu dem fröhlichen Outfit. Mit allen Mitteln versucht er, um den heißen Brei herumzureden. Sein Problem: die Stoffe der SOBETEX sind auf dem Markt einfach nicht gefragt. Ihr Ruf ist ebenso schlecht wie ihre Qualität. Die Produktion ist in den letzten zwölf Jahren auf ein Drittel geschrumpft. Der freie Fall kam nach der Privatisierung im Jahr 1991: die Produktion wurde um die Hälfte zurückgefahren, auf einen Schlag wurden 150 von 300 Leuten entlassen. „Wir können 30 km Stoff am Tag produzieren, wenn genügend Bestellungen hereinkommen“, sagt er. Wegen Auftragsmangels steht in der Halle gerade mal wieder eine der beiden Druckmaschinen still.

Die Konkurrenz im Textilgeschäft ist einfach überwältigend. Abgesehen von den billigen Altkleidern, gibt es Stoffe aus aller Herren Länder zu kaufen. Libanesischer Händler bieten im Zentrum von Cotonou asiatische Kunstfasern für westliche Mode an. Den Markt der afrikanischen „pagnes“, der farbenfrohen Tücher, die zu Röcken gewickelt oder zu Kleidern genäht werden, beherrschen schon seit den Zeiten der Kolonialherrschaft die Holländer und Briten. Der „Wax“, ein in einem Mischverfahren aus Druck und Batik hergestellter Stoff, ist zwar nicht ganz billig, dafür von guter Qualität. Trotzdem konnten die westafrikanischen Nachbarn Benins, die Elfenbeinküste und Nigeria, ihre preiswerteren Stoffe auf dem regionalen Markt etablieren, das „Fancy“, eine in einem einfachen Druckverfahren hergestellte Kopie des beliebten „Wax“.

Die beninische SOBETEX bemüht sich vergeblich um Konkurrenzfähigkeit. Auch sie versucht es mit einer Kopie: „Wir schauen uns den ‚Wax‘ an, der vor uns liegt, und unterziehen ihn unserer Analyse“, erläutert Elias Atonhonton, einer der vier SOBETEX-Zeichner, das Vorgehen und beugt sich über den holländischen „Wax“. „Hier sehen sie zum Beispiel eine Zick-Zack-Form. Wir finden das nicht sehr gelungen. Deshalb machen wir daraus eine Schlangenlinie. Schließlich wollen wir die Vorlage nicht genau kopieren. Unser Problem ist es eben, einen Stoff zu entwerfen, der noch schöner ist, als der ‚Wax‘.“

Das eigentliche Problem der beninischen Textilindustrie liegt jedoch in den alten unzuverlässigen Maschinen. Gerade verunziert eine Druckmaschine die weiße Baumwolle mit Schmierflecken, statt mit den von Atonhonton und seinen Kollegen entworfenen Mustern. Ein weiteres Problem besteht darin, daß der Baumwollstoff, den die SOBETEX von der beninischen Industrieweberei SITEX bekommt, von schlechter Qualität ist. Dabei muß sie froh sein, wenn die SITEX ihr überhaupt noch Stoff liefert. Denn seit der Abwertung des FCFA ist es für die Weberei lukrativer, ihr Produkt ins Ausland zu verkaufen, während es für die SOBETEX geradezu unerschwinglich geworden ist, Baumwollballen aus dem Ausland zu importieren. Die Probleme werden immer mehr, statt weniger. Nach vier verpatzten Jahren haben sich die französischen Aktionäre wieder von dem Unternehmen verabschiedet. Die SOBETEX ist jetzt wieder ein rein beninisches Unternehmen, aber ein privates.

Ein sonorer Baß

Ibrahim Zakaries sonorer Baß klingt durch den Flur des Gewerkschaftshauses. Eine durchdringende Stimme brauchen die Gewerkschaften derzeit auch, um sich Gehör zu verschaffen, und so ist Zakarie, dessen Erscheinung Selbstbewußtsein und Ruhe ausstrahlt, der Mann am richtigen Platz. Als Generalsekretär der „Centrale des syndicats autonomes du Benin“, einem von insgesamt vier Gewerkschaftsdachverbänden, variiert seine Intonation je nach Bedarf zwischen staatstragend und kämpferisch. Staatstragend, wenn er besonnen gegen das allgemeine Lamento über die negativen Folgen der Strukturanpassung anredet. „Die Strukturanpassung ist unumgänglich“, sagt er in staatsmännischem Ton, „da müssen wir durch.“ Nur so könne der Staat zu einem wirtschaftlichen Gleichgewicht kommen. „Mit der Öffnung auf den Weltmarkt hätten wir viel tiefer fallen können, als die Leute es sich überhaupt vorstellen können. Durch die Strukturanpassung und die Gelder, die dadurch ins Land fließen, leben wir zwar immer noch in Armut, aber sie trifft uns doch nicht ganz so hart.“

Zakarie wäre jedoch kein guter Gewerkschafter, wenn er nicht auch kämpfen könnte, und sei es in einer schier aussichtslosen Situation. Unbeirrt fordert er im Dezember 1996 das, was den Staatsdienern eigentlich schon seit Jahren zusteht: die Bezahlung nach dem Lohnindex von 1992. Noch immer bezahlt der Staat seine Leute nach dem Stand des Jahres 1990. Diese bescheidene Forderung haben sich derzeit alle beninischen Gewerkschaften auf die Fahnen geschrieben. Da man auch vom „Index 92“ allein heute keine Familie ernähren kann, fordern die Gewerkschaften außerdem die Erhöhung des Kindergeldes, von derzeit 2000 auf 3000 CFA-Francis pro Kind und Monat. Finanzminister Moise Mensah gibt sich durchaus verhandlungsbereit: „Die Regierung wird alle Forderungen erfüllen, sobald sie die notwendigen Mittel dafür hat“, antwortet der Minister seinen eigenen Mitarbeitern der Finanzverwaltung, die sich am 31. Dezember zu einem zweistündigen Sitzstreik vor dem Büro ihres Ministers eingefunden haben.

Auch die Gewerkschaften seien verhandlungsbereit, betont Ibrahim Zakarie, sie forderten nur ein bißchen mehr Gerechtigkeit: „Der Staat wirtschaftet, als ob es kein Finanzproblem gäbe. Während die Regierenden aus dem Vollen schöpfen, sollen die Arbeiter und Staatsangestellten den Gürtel enger schnallen.“

Geduldige Staatsdiener

Wieder einmal fährt Elijah Yawara Adamou hinter seinem wohlverdienten Geld her. Adamou ist Schulleiter in Garou bei Malanville im äußersten Norden Benins, gleich an der Grenze zum Niger. Das hat er sich nicht ausgesucht, in seinen fünfzehn Dienstjahren als Lehrer ist er bereits sechsmal

versetzt worden, von dem einen Ende Benins ans andere. Flexibilität verlangt der Staat von seinen Angestellten. Die Finanzverwaltung ist nicht annähernd so beweglich. Adamou weiß, was es heißt, den Gürtel enger zu schnallen. Seit zwei Monaten hat er kein Gehalt mehr bekommen. Bis September holte er sich das Geld am Ende eines jeden Monats beim zuständigen Finanzamt persönlich ab. Das Amt ist über 300 Kilometer Sandpiste von Malanville entfernt in Parakou. Für die Reise brauchte er jedesmal zwei Tage. Damit nicht jeden Monat zwei ganze Unterrichtstage ausfallen müssen, stellte er den Antrag, daß sein Gehalt in Zukunft zum Postamt in Malanville geschickt werden solle. Seither bekommt er gar kein Geld mehr. Nach mehreren unbeantworteten Beschwerdebriefen macht er sich auf die Reise nach Cotonou, um dort zu erfahren, daß der Finanzbeamte sich bei der Kontonummer verschrieben habe. Sein ausstehendes Gehalt erhält er deswegen aber immer noch nicht, es geistert noch auf fremden Konten herum. Dabei verdient er nicht viel: 74 000 CFA-Francs im Monat ist zwar mehr als die meisten zum Leben haben, aber es ist knapp, um eine fünfköpfige Familie zu ernähren. Das war schon vor der Abwertung des CFA-Francs 1994 nicht viel, jetzt ist nur noch ein Hungerlohn geblieben. „Wenn wir wenigstens nicht immer umziehen müßten, sondern in der Nähe unserer Eltern wohnten, dann könnten sie uns ein bißchen helfen“, sagt der vierzigjährige Familienvater. Schließlich will der Lehrer seine eigenen drei Kinder zur Schule schicken und das kostet viel Geld. Die Schulmahlzeiten müssen ebenso bezahlt werden wie Schuluniform, Bücher und Hefte. Das können oder wollen sich in Garou nur wenige Eltern leisten. In dem 8000 Seelen-Städtchen, rechnet der Leiter der einzigen Schule am Ort vor, gehen nur 237 Kinder zur Schule. „Das liegt vor allem an der geringen Bildung der Eltern“, meint Adamou bitter. In diesem Jahr will er eine Sensibilisierungskampagne starten, mit dem Imam sprechen, der religiösen Autorität im Ort, mit der Vertreterin der Dorffrauen, mit den Kriegsveteranen und mit dem Bürgermeister. Wenn alle an einem Strang ziehen, kann man auch mehr Kinder von den Feldern weg in die Schule bekommen. Das hat er zumindest an seiner letzten Dienststelle geschafft, und er will es auch in Garou wieder hinkriegen: großes Engagement für ein kleines Gehalt.

Wenn der Regen ausbleibt

Der Jüngste ist vielleicht gerade sechs Jahre alt. Auch er muß beim Unkraut jäten helfen. Mit einfachen Buschmessern bearbeiten sie dieses verwünschte Stück Land. In der Trockenzeit ist die Erde knochenhart, wenn endlich der Regen kommt, wird das Feld vom benachbarten See überschwemmt. Damit jetzt, im heißen Monat Dezember, Tomaten und Pfefferschoten wachsen, muß regelmäßig von Hand bewässert werden. Am liebsten würden die Leute aus Lokbo dieses Feld, das eine Stunde Fußweg von ihrem Dorf entfernt liegt, ganz aufgeben, doch es ist nicht genügend Land für alle, sagen sie. Nach und nach kommen immer mehr Leute zu uns

herüber. Erst die Männer, dann die Frauen, schließlich die Kinder. Mitarbeiter der staatlichen Stelle für Nahrungsmittelsicherheit, ONASA, bereisen kurz vor Weihnachten das ganze Land, um die Ernte des letzten Jahres zu schätzen. Die Ernte der ersten Regenzeit, die von April bis Juli dauert, war zufriedenstellend. Nur einige Felder sind verdorben, weil es auch im August noch geregnet hat. Und dann war es plötzlich vorbei mit dem Segen. Schon bei der Aussaat für die zweite Saison, die im September beginnt, fiel nicht genügend Regen vom Himmel. Und auch der Oktober war zu heiß und zu trocken. Die Leute aus Lokbo lassen resigniert die Arme hängen: etwa die Hälfte ihrer Maisernte ist verdorben. Andere mußten ganze Felder aufgeben. Dabei haben sie alles in ihrer Macht stehende unternommen und waren auch beim Regenmacher. „Manchmal nützt es, manchmal nicht“, sagen sie.

Wer es sich leisten kann, wartet noch mit dem Verkauf. Ob Mais, Maniok, Reis oder Sorgho, die Knappheit wird die Preise in die Höhe treiben. Ein Zentnersack Mais kostet bereits jetzt fast doppelt so viel wie im Dezember des vergangenen Jahres. Außerdem benötigen die Bauern das meiste für den eigenen Konsum. Warum jetzt verkaufen, wenn man sich dann im Mai für viel Geld selbst auf dem Markt versorgen muß.

Aber auch die Lagerhaltung bedeutet ein Risiko. Die traditionellen Kornspeicher, unten aus Lehm gebaut, oben mit Stroh abgedeckt, bieten nur einen unzureichenden Schutz für das Erntegut. Ein Bauer zeigt der ONASA-Delegation den Mais in seinem Speicher. Als er die Hand öffnet, wimmelt es nur so von Kornkäfern. Der CARDER, die staatliche Landwirtschaftsorganisation, propagiert deshalb eine neuartige Speicherkonstruktion. Der Speicher steht auf Holzstelzen und wird so besser durchlüftet. Drei solcher Modellspeicher stehen in Mignonblo, einem kleinen Dorf, wenige Kilometer weiter. Was aber nützen die besten Speicher, wenn sie leer sind. Schon jetzt wissen die Dorfbewohner, daß ihre Vorräte nicht bis zur nächsten Ernte reichen werden.

„Es wird eine Hungersnot geben, dieses Jahr“, fürchten auch die Mitarbeiter des CARDER. „Statt zwei oder drei, wird es nur eine Mahlzeit am Tag geben. Und sie werden die Sauce ohne Fleisch essen.“ Importe werden den Mangel auffangen müssen. Aber importierte Ware ist teuer.

Die Experten vom Amt für Nahrungsmittelsicherheit werden von den schlechten Nachrichten nicht überrascht. Seit einigen Jahren registrieren sie eine beängstigende Entwicklung: Im Norden des Landes wird von Jahr zu Jahr mehr Baumwolle angebaut, auf Kosten der Nahrungsmittelproduktion. Eine Zeitlang konnte der Einsatz von Kunstdünger noch den Verlust an Anbaufläche auffangen, aber seit zwei Jahren spitzt sich die Lage zu. Es gibt immer mehr Baumwolle und immer weniger zu essen. Im Süden des Landes ist die Nahrungsmittelproduktion zwar stabil, aber die Bevölkerung vor allem in den Städten wächst. Bis vor zwei Jahren gehörte Benin noch zu den Exportländern von Getreide. Nahrungsmittelüberschüsse wurden damals in den Niger und auf die Kapverdischen Inseln verkauft. Mittlerweile bleibt nichts mehr für den Export übrig. Im Gegenteil: auch Benin

wird in Zukunft Nahrungsmittel importieren müssen.

80 Prozent Baumwolle

Diese verhängnisvolle Entwicklung ist nicht die Folge einer Naturkatastrophe, sondern das Ergebnis staatlicher Agrarpolitik. Die ganz auf Wirtschaftswachstum angelegte Politik der Strukturanpassung fördert den Anbau des Exportprodukts Baumwolle, und überläßt die Nahrungsmittelversorgung dem freien Spiel des Marktes. Eine durchorganisierte ehemals staatliche, jetzt teilweise private Verarbeitungs- und Vermarktungsmaschinerie steht den Bauern zur Seite, die sich für den Anbau von Baumwolle entscheiden. So verdoppelte sich die Anbaufläche innerhalb von vier Jahren auf gut 200 000 Hektar im Jahr 1994, und wuchs dann weiter an auf 290 000 Hektar im Jahr 1996. Hauptanbaugebiete für Baumwolle sind der Norden des Landes rund um Kandi sowie eine Zone in der Landesmitte. Baumwolle ist mittlerweile mit einem Anteil von über 80 Prozent am Gesamtexport das wichtigste Exportprodukt des rohstoffarmen Landes.

Edith, eine junge Bäuerin in einem kleinen Ort bei Bassila, hat im letzten Jahr zum ersten Mal einen halben Hektar Land mit Baumwolle bepflanzt. Der Vorschlag kam vom Vertreter des örtlichen CARDER, der kurze Zeit später auch das nötige Saatgut vorbeibrachte. Dabei sieht man mittlerweile auch beim CARDER die Probleme, die der Baumwollanbau mit sich bringt: alle ökologischen Nachteile einer Monokultur und die Verdrängung der Nahrungsmittelproduktion. Aber was kann ein kleiner Staatsbeamter gegen die große Politik ausrichten. Die Politiker nutzten die Baumwolle und die staatliche Preispolitik im Wahlkampf zum Stimmenfang. Kérékou versprach seinen Wählern einen festen Ankaufpreis von 200 CFA-Francs pro Kilo Baumwolle. Obwohl Ediths Ernte im vergangenen Jahr keinen Gewinn eingebracht hatte, versucht sie es nun in diesem Jahr noch einmal.

Die Kraft des Informellen

Wie schnell in Afrika aus einer Asphaltstraße eine Buckelpiste wird, kann man auf dem Weg von Cotonou nach Ouidah erleben. Ein Schlagloch nach dem anderen, manche ähneln wahren Kratern. Die Autofahrer lassen sich davon nicht beeindrucken. Halten müssen sie nur dort, wo ein paar pfiffige Anwohner den miserablen Zustand der Straßen zu ihrer Einkommensquelle gemacht haben. Mit Sand und Kieselsteinen schütten sie die Löcher in der Straße zu, spannen dann ein Seil über die Fahrbahn und halten so die Fahrer an, damit sie ihnen den Dienst entlohn. „Selbstbeschäftigung“ nennen Entwicklungspolitiker diese Art des Überlebenskampfes. Den Selbstbeschäftigten gehört in Afrika die Straße. Ihre Zahl ist mittlerweile so groß, daß man von ihnen als einem eigenen Wirtschaftssektor spricht, dem soge-

nannten „informellen“ Sektor.

Im Unterschied zu Selbständigen im europäischen Sinn, haben Selbstbeschäftigte in der Regel keine Ausbildung, arbeiten mit den einfachsten Geräten und Materialien, wirtschaften ohne nennenswertes Kapital und kennen keinerlei soziale Absicherung. Zwischen 70 und 95 Prozent aller Wirtschaftsaktivitäten in der Stadt Cotonou sollen Schätzungen zufolge im informellen Sektor stattfinden. Kein Wunder, daß die Stadt von kleinen Händlern und Handwerkern bevölkert ist. Sie verwandeln die großen Straßenkreuzungen in Warenhäuser, wo es vom Kaugummi, über Wecker, Barbiepuppen und Taschenrechner bis zu Kinderwagen und aufblasbaren Weihnachtsmännern beinahe alles zu kaufen gibt. In den Seitenstraßen nutzen Handwerker den sandigen Straßenrand als Werkstatt. Kleine Betriebe entstehen so schnell, wie sie dann auch wieder verschwinden. Ihre Produkte sind von geringer Qualität, ihre Preise meist niedrig. „Der informelle Sektor ist nach der Abwertung des CFA-Francs die einzige Rettung für einen Großteil der Bevölkerung gewesen“, sagt Gewerkschafter Ibrahim Zakarie. „Die billigen Produkte, die man auf der Straße kaufen kann, haben die Folgen der Inflation etwas abgefedert.“ Da die informelle Wirtschaft für die Staatskasse einen enormen Verlust an Steuereinnahmen bedeutet, hat die Regierung ein Interesse daran, diesen Sektor zu formalisieren. Anders die Gewerkschaften: Sie sehen im informellen Sektor eine Chance für die Zukunft des Landes. Ihnen geht es vor allem darum, Selbstbeschäftigten den Zugang zur Sozialversicherung zu ermöglichen. Davon ist man in Benin jedoch noch weit entfernt, denn Selbstbeschäftigung bedeutet für die meisten ein Leben am Rande des Existenzminimums.

Armutsstudien

Der Ort könnte kaum unpassender sein. Im teuersten Hotel am Platz, im Sheraton in Cotonou, findet die Tagung des UNDP, des „United Nation Development Program“ über Armut in Benin statt. Mit Blick auf Swimmingpool und Golfplatz diskutieren 18 Journalisten die Ergebnisse einer umfangreichen Studie über die Lebensbedingungen der Beniner in Stadt und Land. Die Fakten sind nicht neu: 2,1 Millionen der 5,5 Millionen Beniner leben nach Weltbankangaben in absoluter Armut, die Lebenserwartung liegt bei 48 Jahren. Jedes dritte Kind unter drei Jahren ist unter- oder fehlernährt.

Unzählige Untersuchungen haben sich bereits der Evaluation und Ursachenforschung angenommen. Aber an den Problemen hat das bislang nichts geändert. „Auf dem Niveau der politischen Entscheidung gibt es ein Defizit“, formuliert vorsichtig Djibrina Barry, Wirtschaftswissenschaftler beim UNDP, und beklagt das Desinteresse der Politiker an den Untersuchungsergebnissen. Seit Jahren werde regelmäßig die Situation auf dem Arbeitsmarkt untersucht, aber das Steuerungskomitee, das sich aus politischen Entscheidungsträgern zusammensetzt, habe erst ein einziges

Mal getagt. „Es gibt da also ein Problem“, stellt Barry abschließend fest.

Todesursache Durchfall

Wie ein Lauffeuer verbreitet sich die Nachricht in der Stadt. Vergangene Nacht soll in Diépani, einem Dorf acht Kilometer von Bassila entfernt, ein Kind an Cholera gestorben und ein zweites erkrankt sein. Erst kürzlich flackerte die Epidemie in Djougou, der nächst größeren Stadt 90 Kilometer nördlich von Bassila auf. Dann wurden einige Fälle aus der näheren Umgebung von Bassila gemeldet. Wie viele Menschen bislang Opfer der Cholera geworden sind, wissen die Leute nicht. Es sind vor allem die Kinder und die Alten, die an der Krankheit sterben. Die Angst vor verseuchtem Brunnenwasser hat jetzt auch Bassila erreicht, aber schon am Nachmittag kommt die Entwarnung. Thomas, der als Forstwirt in einem Umweltprojekt in Bassila arbeitet, betätigt sich nach Dienstschluß wieder einmal als kostenloser Taxifahrer. Auf der Ladefläche seines Geländewagens hocken Frauen in bunten Tüchern mit ihren nach dem Markttag fast leeren Körben. Am Ortsausgang treffen wir eine Frau mit ihrem zweijährigen Sohn auf dem Arm, der seit Tagen an Erbrechen und Durchfall leidet. Da sie vormittags auf dem Feld arbeiten mußte, konnte die Mutter von zwölf Kindern sich erst in der Mittagshitze auf den zweistündigen Fußmarsch ins Krankenhaus nach Bassila begeben. Der Besuch beim Arzt hat sie etwas beruhigt. Der Choleraverdacht erwies sich als unbegründet. Es war der ganz alltägliche Tod, der auch in der letzten Nacht sein Opfer gefordert hat. 144 von 1000 lebendgeborenen Kindern erreichen nicht das fünfte Lebensjahr. Durchfallerkrankungen, verursacht durch schmutziges Trinkwasser, sind die Haupttodesursache. Hinzu kommt die völlig unzureichende Gesundheitsversorgung. Vor allem auf dem Land fehlen Ärzte und Hebammen. Schätzungsweise die Hälfte der Bevölkerung hat bis heute keinen Zugang zu modernen Gesundheitsdiensten. Während der Regenzeit sind viele Dörfer ganz von der Außenwelt abgeschnitten. Aber selbst dort, wo ein Krankenhaus in erreichbarer Nähe ist, können Arme sich eine medizinische Behandlung oft nicht leisten.

Das Gesundheitsministerium in Cotonou ist in einem der alten Kolonialgebäude untergebracht. Eine einst prächtige, heute völlig verfallene Außentreppe führt in den ersten Stock, wo die Abteilung Gesundheitsvorbeugung arbeitet. Noch mehr als die Cholerafälle im Land, beunruhigen die Behörde 53 Fälle von Gelbfieber, die aus dem Departement Atacora im Norden des Landes gemeldet wurden. 39 Todesfälle wurden registriert, aber auch Dr. Antonin Jacques Hassan weiß, daß die wahre Zahl der Opfer höher liegt. „In den Dörfern sterben die Leute unbemerkt“, sagt der Abteilungsleiter resigniert.

Im Juli war eine Blutprobe mit dem Verdacht auf Gelbfieber von Kerou im Departement Atacora mit dem Taxi nach Cotonou geschickt worden, denn im ganzen Atacora gibt es kein Labor, das eine solche Blut-

untersuchung durchführen könnte. Danach verlor sich zeitweilig die Spur der Blutprobe. Erst nach Wochen tauchte sie wieder auf, hatte eine Reise durch verschiedene westafrikanische Labore in Accra, Brazzaville und zurück nach Cotonou hinter sich. Der Verdacht auf Gelbfieber bestätigte sich. Die tödliche Krankheit, die wie Malaria auch von Mücken übertragen wird und die man in Benin seit Jahren besiegt glaubte, war in ein Land zurückgekehrt, dessen Gesundheitssystem der Bekämpfung einer Epidemie nicht gewachsen ist.

Mit einiger Verzögerung wurden erste Vorsichtsmaßnahmen veranlaßt. Eine einige Zeit später gebildete Kommission unter Leitung der Gesundheitsministerin, die Mitte September die betroffenen Orte bereiste, mußte jedoch feststellen, daß die Bevölkerung nicht ausreichend informiert worden war. Die Regierungen der Nachbarländer erfuhren offiziell sogar erst Ende September von den Gelbfieberfällen in Benin. Die internationalen Organisationen beklagen zur gleichen Zeit, daß die beninische Regierung zu wenig Informationen zur Verfügung stellt, um effizient handeln zu können. Für eine Impfkampagne, die die Epidemie im Keim ersticken könnte, fehlt immer noch die notwendige Menge Impfstoff. Die beninischen Zeitungen, die nicht in die Informationskampagne einbezogen worden sind, reagieren in gewohnter Schärfe. Sie fordern den Rücktritt der Ministerin.

Am Tropf der Entwicklungshilfe

Das neue Zivilgefängnis in Natitingou wird mit Hilfe der Franzosen gebaut, die Asphaltstraße von Parakou nach Djougou aus Geldern der Europäischen Union finanziert und das Krankenhaus in Lokossa von den Chinesen bezahlt. Keine öffentliche Baustelle, kein Projekt, an dem nicht ausländische Geber beteiligt sind. Über 85 Prozent des staatlichen Investitionshaushaltes werden aus Entwicklungshilfegeldern bestritten. Jedes Jahr liegen Benin Finanzierungszusagen von ca. 220 Millionen US \$ vor. Diese Summe übersteigt das Volumen aller Staatseinnahmen aus Steuern, Zöllen und anderen Quellen. Seit Beginn der 90er Jahre ist Benin unbestritten ein Lieblingskind der Entwicklungspolitik, auch der deutschen. In Fachkreisen spricht man vom „Demokratiebonus“, der dem Land gewährt wird. „Wir gehen dort hin, wo die Rahmenbedingungen gegeben sind. Dazu zählen vor allem Demokratie und Marktwirtschaft. Und von solchen Ländern gibt es eben nur eine beschränkte Zahl“, sagt Jobst von Laue, ein langjähriger Entwicklungspolitiker, zur Zeit Regierungsberater im Planministerium in Cotonou.

Nach der alten Kolonialmacht Frankreich steht Deutschland mit 73 Millionen Mark für die Jahre 1996/97 an zweiter Stelle der Geberländer.

Entwicklungshelfer gehen gern nach Benin. Das feuchtwarme Klima an der Küste ist zwar anstrengend, aber das Land ist ruhig und Cotonou gilt als „familienfreundlich“. Es gibt internationale Schulen und eine ausreichende

Infrastruktur, um dort angenehm leben zu können. Außerdem haben die Beniner den Ruf, freundlich und entgegenkommend zu sein. 1996 lebten über achtzig deutsche Entwicklungshelfer in Benin, viele mit ihrer Familie, dazu kommen Vertreter der parteipolitischen Stiftungen, und schließlich hat auch die Bundeswehr eine kleine Einheit in Benin stationiert. „Ich habe noch nie so viel Deutsche auf einen Schlag in einem afrikanischen Land gesehen“, sagt Udo Wehner, Kanzler der Deutschen Botschaft in Cotonou, lachend am Ende des Botschaftsempfanges zum Tag der Deutschen Einheit.

Die Helfer übernehmen die Macht

Damit die vielen Geldgeber sich in dem kleinen Land nicht gegenseitig in die Quere kommen, setzen sie sich mit den Beninern um einen Runden Tisch zusammen. In diesen „Table ronde“-Gesprächen wurden in den vergangenen Jahren die Leitlinien der Entwicklungspolitik für die verschiedenen Sektoren wie Landwirtschaft, Gesundheit, Erziehung etc. festgelegt. Die Initiative für die konkreten Projekte soll von den Beninern kommen. Jobst von Laue, der als Regierungsberater mit eigenem Büro im Planministerium an der Schaltstelle zwischen der beninischen Regierung und der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) sitzt, vermerkt allerdings: „Die Abstimmung unter den Gebern ist so groß, daß es da keine Überraschungen mehr gibt.“

In der Entwicklungszusammenarbeit wird großer Wert auf die gleichberechtigte Beteiligung der afrikanischen Partner gelegt. So ist der Chef eines Projektes immer ein Beniner, dem ein ausländischer „Conseiller technique“ beratend zur Seite steht. Entscheiden können sie nur gemeinsam, da von der Unterschrift des Beraters die Bewilligung der Finanzmittel abhängt. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit weist jedoch in einem internen Bericht darauf hin, „daß die beninischen Projektverantwortlichen sich häufig scheuen, ihre Verantwortung wahrzunehmen und es vorziehen, die ausländische Fachkraft an ihrer Stelle handeln und entscheiden zu lassen“.

Um den Beninern mehr Gewicht in der ungleichen Entwicklungszusammenarbeit einzuräumen, sollen in jedem Projekt ebenso viele qualifizierte beninische Mitarbeiter wie ausländische Helfer arbeiten. Auch dies ist nicht immer leicht durchzuhalten und kann in manchen Fällen nur dadurch erreicht werden, daß ausländische Kräfte wieder abgezogen werden.

Die Kooperation stößt dort an Grenzen, wo reformfeindliche Kräfte in Bevölkerung, Verwaltung und Regierung gegen die Ziele der beschlossenen Projekte arbeiten. Ein deutsch-beninisches Forstprojekt in Bassila droht an solchen Widerständen zu scheitern. Mit einem Wiederaufforstungsprogramm und Schutzmaßnahmen für die noch bestehenden Wälder soll eines der letzten bewaldeten Gebiete Benins vor dem Kahlschlag gerettet werden. Das Projekt, das aus deutschen Mitteln finanziert wird, ist dem

staatlichen Forstamt, dem „Office nationale des Bois“ (ONAB), untergeordnet. Die ONAB wird ihrerseits von deutschen Experten der GTZ beraten. Das Ziel des Projektes in Bassila, der Erhalt des Waldes, wird jedoch dadurch gefährdet, daß von der Bevölkerung in großem Maßstab illegal Holz geschlagen und dann verkauft oder verarbeitet wird. Fast jede Familie im Ort ist daran beteiligt. Die einen verdienen sich ein paar Francs als Waldarbeiter, die anderen machen das große Geschäft mit dem Holzverkauf. In Bassila gibt es drei große Holzhändler, einer davon ist der Bürgermeister. Die wenigen und schlecht ausgerüsteten Forstbeamten vor Ort haben nicht die Mittel, den illegalen Handel zu unterbinden. Wenn am Abend die großen Lastwagen mit dem frisch geschlagenen Holz auf dem Marktplatz stehen, drücken sie die Augen zu, nachdem sie zuvor die Hand aufgehalten haben.

„Over-aided“?

Die Hilfsbereitschaft des Auslands ist derzeit so groß, daß Benin die zugesagten Dollarmillionen gar nicht abrufen kann. 60 Prozent der Mittel stecken derzeit in der „Pipeline“. Man spricht auch von mangelnder Absorptionskapazität. Dies liegt vor allem daran, daß die Projekte vor Ort nicht so schnell umgesetzt werden können, wie die finanziellen Zusagen kommen. Von Laue rechnet sogar damit, „daß die Pipeline tendenziell noch länger wird“. Denn die Beniner sollen in Zukunft noch stärker in die Projektvorbereitung und -durchführung eingebunden werden. Doch die bürokratischen Mühlen in Benin mahlen langsam, und so wird es in Zukunft voraussichtlich zu noch mehr Verzögerungen kommen.

Kritiker schließen aus der langen Pipeline auf eine Überförderung Benins und stellen fest, daß sich im Land eine gewisse „Nehmermentalität“ herausgebildet hat. Warum selbst etwas in die Hand nehmen, wenn sich mit Sicherheit ein ausländischer Financier finden wird? In Expertenkreisen kursieren dazu allerhand Geschichten. Zum Beispiel von der kleinen Stadt Ouidah, die als ehemaliger Sklavenhafen und als Hauptstadt des Voodoo eine ganze Reihe von Sehenswürdigkeiten zu bieten hat. Sie alle stehen im Reiseführer beschrieben, aber vor Ort sind sie nur schwer zu finden, da Hinweisschilder fehlen. Als der deutsche Botschafter, Volker Seitz, bei einem offiziellen Besuch Ouidahs die Anregung gibt, man solle doch Hinweistafeln aufstellen, war die Antwort, dazu habe man kein Geld. Da ihm diese Antwort wenig plausibel erschien – Schilder sind in Afrika nicht teuer – bot er nicht die Hilfe der deutschen Botschaft an. Wenig später versprach dann eine Stiftung die Finanzierung der Schilder. Erziehen so die wohlmeinenden Helfer eine ganze Nation zur Unselbständigkeit? „Es wird keiner mehr bereit sein, dem nicht zuzustimmen“, antwortet Jobst von Laue vorsichtig. „Aber es gibt doch keine Alternative.“ Kritiker der derzeitigen Entwicklungspolitik fordern dagegen „Kein Pfennig mehr für Afrika“. Selbst Experten vor Ort vertreten hinter vorgehaltener Hand die Meinung,

daß Benin „over-aided“ sei. Von Laue hält das für einen Ausdruck von Resignation. „Man kann doch nicht sagen, wir reduzieren unsere Hilfe um die Hälfte, und halbieren damit auch die Abhängigkeit. Ist das denn besser?“

Frauengruppen – endlich ein Erfolgskonzept

Ein kleiner Junge führt uns an diesem Morgen zur Baumschule der Frauen. An den Lehmhütten vorbei, unten am Fluß liegt das Feld. Säuberlich in Reih und Glied wachsen dort die Sprößlinge aus der roten Erde. 22 Frauen teilen sich die Arbeit und den Gewinn. Initiator und wichtigster Kunde der Baumschule ist das deutsch-beninische Forstprojet in Bassila, das bei den Frauen die einheimischen Hölzer für die Aufforstung des Waldes kauft.

Einige Tage später treffe ich die Präsidentin der Frauengruppe. Gomon Dahana ist eine von 30 Frauen, die in bunten Gewändern und mit Kind auf dem Rücken zu einem Frauenseminar nach Natitingou gereist ist, eine fröhliche und selbstbewußte Person. Gomon hat auch ihre Schatzmeisterin mitgebracht. Es sind tatsächlich wahre Schätze, die die Frauen in Bassila hüten. Gomon Dahana und ihre Mitstreiterinnen haben sich mit drei weiteren Frauengruppen zu einem Verband zusammengeschlossen. Die anderen Gruppen verarbeiten Karitenüsse zu Butter, handeln mit Getreide und bauen Mais und Erdnüsse an. Von den Einnahmen behält jede Gruppe einen Teil für sich. Die Frauen von der Baumschule verfügen derzeit über 70 000 CFA-Francs, etwa 230 Mark, die sich die Gruppenmitglieder als Kredit ausleihen können. Außerdem dient diese Kasse als Versicherung für Notfälle. „Wenn eine unserer Frauen ein Kind verliert, oder ein anderes Mitglied der Familie stirbt, machen wir ihr auch ein Geschenk.“ Den anderen Teil der Einnahmen geben die vier Frauengruppen in die Verbandskasse. 600 000 CFA-Francs, also rund 2000 Mark, haben sie zusammen angespart. Mit dem Geld wollen sie eine Getreidemühle bauen. Gegen einen kleinen Obulus könnten auch die Nachbarn die Mühle nutzen und die Frauen hätten eine weitere Einnahmequelle.

Die Arbeit mit Frauengruppen gilt in der Entwicklungspolitik mittlerweile als wirksame Maßnahme der Armutsbekämpfung: denn was Frauen verdienen, kommt mit Sicherheit der ganzen Familie zugute. Außerdem können die Frauen erfahrungsgemäß besser mit Geld umgehen. So haben Frauen den Ruf, zuverlässigere Kreditnehmer als Männer zu sein, und vor allem in Gruppen sind sie deshalb bevorzugte Kunden bei Banken und Entwicklunghilfeprojekten. „Da haben sie endlich mal etwas gefunden, was funktioniert“, kommentiert Angelika Keßler, in Natitingou für die Vergabe von Kleinkrediten zuständig.

Wie begehrt Frauengruppen mittlerweile bei Hilfsorganisationen sind, zeigt sich auch daran, daß am 28. November gleich zwei Frauenseminare in Natitingou stattfinden. Der DED veranstaltet regelmäßig Fortbildungen für sogenannte „Animateurinnen“. Diese betreuen Frauengruppen überall im Land, beraten sie in ihren Aktivitäten und bei der Organisation ihrer Arbeit.

Thema diesmal: die Buchführung. Es stellt sich vor allem die Frage, wie Analphabetinnen – vier von fünf Frauen in Benin können nicht lesen und schreiben – über ihre Wirtschaftsaktivitäten buchführen können. Die Teilnehmerinnen sehen nur eine Lösung: Frauen müssen alphabetisiert werden. Die Animatorinnen berichten, daß Schreibkurse für Frauen in den Dörfern jedoch nur wenig Zuspruch finden. „Die Männer wollen häufig nicht, daß ihre Frauen das Haus verlassen. Und auch die Frauen sind oft zurückhaltend und fragen, ob sie dafür bezahlt werden, wenn sie lesen und schreiben können.“

Die Alphabetisierung der Frauen auf dem Land ist auch das Anliegen einer Organisation mit dem wohlklingenden Namen CBDIBA. Diese Nichtregierungsorganisation, die sich die Unterstützung von Basisinitiativen zur Aufgabe gemacht hat, will den Frauengruppen ein landesweites Dach geben und sich als ihre politische Interessensvertretung profilieren. In der kleinen Stadthalle von Natitingou sind etwa 30 Frauen zusammengekommen. Ihre Gesichter sind vom Leben auf dem Land gezeichnet, einfache Bauersfrauen, die sich für die Reise in die Departementshauptstadt ihre besten Kleider angezogen haben. Hier können sie über ihre Probleme sprechen. Wie überall, fehlt es auch bei ihnen an allen Ecken und Enden, angefangen bei Krediten, über Speicherraum, bis zu den Anbauflächen. „Jetzt, wo sich der Anbau intensiviert, wollen die Männer uns nicht mehr die Felder lassen, auf denen wir bisher Getreide angebaut haben“, klagt eine Gruppe. „Der Weg auf den Markt ist zu weit. Wir müssen vier Stunden gehen“, klagen andere.

„Am Anfang waren die Frauen hier im Norden eher zurückhaltend, sie haben nicht verstanden, welchen Vorteil ihnen gemeinsame Aktivitäten bringen. Im Süden Benins hat sich die Idee viel schneller durchgesetzt“, berichtet Séidou Alimatou vom CARDER in Natitingou, der ebenfalls Frauengruppen unterstützt. Daß dreißig Frauen zu Beginn der Erntezeit den weiten Weg in die Stadt auf sich genommen haben, beweist aber, daß die Idee mittlerweile auch im Norden Früchte trägt.

Die Vision eines von Hunger befreiten Landes

Es sind allerdings nur wenige Frauen anwesend, als im Dezember 1996 sechshundert Vertreter aus dem ganzen Land über die wirtschaftliche Zukunft Benins beraten. Die „conférence économique nationale“, die Nationalkonferenz zur Wirtschaft, versteht sich als Nachfolgerin der revolutionären „conférence nationale des forces vives“ von 1990. Deshalb findet sie auch am gleichen Ort statt, im Hotel PLM Aledjo in Cotonou. Der Ort ist jedoch das einzige, das an die historischen Tage vom Februar 1990 erinnert. Die politische Situation ist heute stabil, die Weichen für die Wirtschaft sind durch die Strukturanpassungsprogramme auf Jahre festgelegt, so daß manch ein Kritiker nach dem Sinn und Zweck einer einwöchigen Nationalkonferenz fragt.

Die Vision eines von Hunger, Armut und Arbeitslosigkeit befreiten Benins treibt dennoch die Diskussion im Plenum und in den Ateliers an und am Ende der Woche ist ein Katalog von Vorschlägen zur Belebung der immer noch desolaten beninischen Wirtschaft entstanden.

„Die Leute haben wieder miteinander geredet und gemeinsam die Probleme des Landes diskutiert, das war das wichtigste Ergebnis der Nationalkonferenz“, meint Charles Toko von „Le Matin“. Und ein Zeitungskommentator fordert die Besinnung auf die eigene Kraft, eine „Zweite Unabhängigkeit“: „Um zu überleben, muß Benin eine eigene Wirtschaftskraft entwickeln, die von Beninern für Beniner geleitet wird. Die Schaffung eines eigenen Marktes ist eine absolute Notwendigkeit. Es müssen außerdem Strukturen geschaffen werden, die der Bevölkerung erlauben, effektiv am politischen Leben teilzunehmen, denn ohne Demokratie und die Beteiligung der Basis wird es keine ‚Zweite Unabhängigkeit‘ geben.“

Die Stimmen von Afrikanern, die zur Besinnung auf die eigene Kraft und gegen Afro-Pessimismus aufrufen, sind auch in Benin nicht zu überhören. Diese Stimmen zu vernehmen, war das beeindruckendste Erlebnis während meines dreimonatigen Aufenthaltes in Benin. Die Kollegen der Zeitung „Le Matin“ stehen in meiner Erinnerung für diese junge Generation von Afrikanern, die mit Mut und Engagement für ihre Ideen kämpfen und arbeiten.

Danksagung

Mein Dank gilt der Heinz-Kühn-Stiftung, die diese Reise in eine mir vorher fremde Welt ermöglicht hat. Vor Ort nahmen mich Achim Vogt und die anderen Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung herzlich auf und sie begleiteten mich freundschaftlich während meines gesamten Aufenthaltes. Agapit Napoléon, der 1995/1996 als Heinz-Kühn-Stipendiat in Deutschland war, verdanke ich den wohlwollenden Empfang, den die Kollegen von „Le Matin“ mir bereiteten. Drei Monate lang fühlte ich mich bei ihnen gut aufgehoben. Die Gespräche und Diskussionen mit den Journalisten von „Le Matin“ haben mein Bild von Benin geprägt.